Boomende Rüstungsindustrie

Von Eisenbahnwaggons zu Kampfpanzern...

Nirgends lässt sich soviel Geld verdienen wie in der Kriegsindustrie. Seit dem Ukrainekrieg gehen die Umsätze und Gewinne der Rüstungsfabrikanten durch die Decke. Auf Kosten sinnvoller Investitionen in zivile Projekte.

Von Gabriela Neuhaus

Es ist noch nicht allzu lange her, da protestierten Menschen in ganz Europa lautstark, kreativ und voller Optimismus gegen die Aufrüstung in Ost und West. Insbesondere in Deutschland, gingen Millionen von Menschen auf die Strasse, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu demonstrieren. Ihr Leitspruch damals: «Schwerter zu Pflugscharen!» – Das Ziel: Nie wieder Krieg.

«Die Aufbruchsstimmung war grossartig – wir dachten damals wirklich, wir könnten etwas bewegen», erinnert sich die Theologin und Pazifistin Margot Kässmann in einem Spiegelinterview. Im Gegensatz zu vielen ihrer damaligen Mitdemonstrant:innen, ist sie auch heute noch eine engagierte Friedensaktivistin.

Was die Friedensbewegung der 1980er Jahre ausmachte: Auf ihren grossen Kundgebungen richteten sich die Menschen sowohl gegen die Aufrüstung im Osten wie auch gegen jene im Westen. Die USA als westliche Hegemonialmacht standen gleichermassen in der Kritik wie die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Ganz im Gegensatz zu heute, wo das Benennen des offen kolonialistischen US-amerikanischen Powerplays mit einem Tabu belegt ist. Wer es wagt, die NATO und die USA als selbsternannte Ordnungsmacht infrage zu stellen, wird als Verräter und «Putinversteherin» abgestempelt. Auch der erneute Einzug von Donald Trump ins Weisse Haus hat daran nichts geändert. Obschon sich manche hinter vorgehaltener Hand zu Recht fragen, ob unsere «Freiheit und Demokratie» aktuell tatsächlich nur durch Putin bedroht wird...

Doch zurück zu den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden sollten: Das Zitat stammt aus dem Alten Testament und verkündet den Willen Gottes, der die Völker nach Jahrhunderten der Kriegerei zurechtweisen wird (auch die Israeliten!): «Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Speere zu Winzermessern. Keine Nation wird gegen eine andere das Schwert erheben, und das Kriegshandwerk werden sie nicht mehr lernen.»

Eine schöne göttliche Vision, die klar und deutlich festhält: Frieden kann es nur geben, wenn die Waffen verschwinden. Oder, um einen weiteren Leitspruch der einstigen Friedensbewegung zu zitieren: «Frieden schaffen ohne Waffen». Doch das ist genau das Gegenteil von dem, was heute weltweit von Kriegstreibern aller Art, die sich auf eben diesen Gott berufen, praktiziert wird. Trump in den USA fordert von allen NATO-Mitgliedstaaten, dass sie 5 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Rüstung ausgeben sollen. In ganz Europa, inklusive der Schweiz werden bereits Milliarden in die Aufrüstung gepumpt. In Deutschland, wo die Wirtschaft hinkt und es für Infrastrukturen und soziale Belange überall an Geld fehlt, schaffte man dafür eiligst ein «Sondervermögen»... Ein schuldenbasiertes «Un-Vermögen» aus Schall und Rauch, das den Menschen im Land keinen Wohlstand bringt.

Mit einer Ausnahme: Die Rüstungskonzerne als hemmungslose Profiteure des Kriegsgeschäfts. Sie haben in den letzten drei Jahren ihre Produktion, den Umsatz und vor allem die Gewinne vervielfacht – und sie hegen die schändliche Hoffnung, dass es so weitergehen möge. Nur kaputtgeschossene Panzer sind für sie gute Panzer. Also: No peace, more business, more cash.

Kassieren und jammern

Die Kriegsmaschinerie läuft wie geschmiert, befeuert durch die massive Aufstockung der Militärbudgets überall auf der Welt. In der Schweiz hat das Parlament 2024 beim Militär trotz Sparbeschlüssen in anderen Bereichen, eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um vier Milliarden Franken beschlossen. Damit stehen der Armee im Militärbudget für den Zeitraum 2025 bis 2028 30 Milliarden Franken zur Verfügung. Geld, das andernorts Gutes bewirken könnte und dort nun fehlt.

Dafür kauft die Schweizer Armee zum Beispiel in grossem Stil Munition, die sie gar nicht braucht. Einzig und allein um den italienischen Waffenfabrikanten Beretta im Land zu halten. Dieser hatte 2022 die zum eidgenössischen Rüstungskonzern gehörende Munitionsfabrik Ammotec in Thun gekauft und diese in SwissP umgetauft. Trotz der ursprünglichen Zusicherung, den Standort Thun während mindestens fünf Jahren nicht zu verlassen, drohte Beretta im Sommer 2024, den Betrieb einzustellen. Angeblich wegen zu geringer Rendite in der Schweiz. Auch andere Rüstungshersteller, wie etwa die seit 2003 zum internationalen GDELS-Konzern gehörende Mowag drohen mit dem Wegzug aus der Schweiz. Der aktuelle Hintergrund: Das Kriegsmaterialgesetz verbietet den Export von Rüstungsgütern aus der Schweiz an kriegführende Staaten sowie deren Weitergabe über Drittstaaten. So untersagte der Bundesrat Deutschland etwa die Lieferung von Munition aus Schweizer Produktion an die Ukraine. Gut so, würde man denken. Aber weit gefehlt: Der Ukraine-Krieg öffnete der Waffenlobby im Schweizer Parlament Tür und Tor. Ihre zahlreichen Vorstösse erreichten schliesslich das Ziel: Am 12. Februar 2025 verabschiedete der Bundesrat die «Botschaft zur Einführung einer Abweichungskompetenz für den Bundesrat» beim Kriegsmaterialgesetz. Das bestehende Gesetz soll dahingehend ergänzt werden, dass der Bundesrat dessen Bestimmungen aushebeln kann, wenn «ausserordentliche Umstände vorliegen und die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert.»

Ein Gummiartikel, über den sich die Waffenfabrikanten und ihre Zulieferer hierzulande die Hände reiben. Auch wenn einige von ihnen in der Vernehmlassung kritisiert hatten, der Vorschlag gehe nicht weit genug. Tatsache ist, dass die Gesetzesrevision eine massive Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes zur Folge hat. Angesichts der aktuellen politischen Stimmung in unserem Land, muss man davon ausgehen, dass das Parlament das neue Gesetz durchwinken wird.

Rüstungsexpansion verdrängt sinnvolle Entwicklungen

Dabei laufen die Geschäfte der Rüstungskonzerne schon heute, trotz der angeblich so strengen Ausfuhrbestimmungen, auch in der Schweiz wie geschmiert. Dies gilt ganz besonders für die Schweizer Tochter des deutschen Rüstungsgiganten Rheinmetall mit Hauptsitz an der Birchstrasse 155 in Zürich-Oerlikon. Dort, wo einst Bührle seine Kanonenfabrik gebaut hat, die seine Erb:innen 1999 an Rheinmetall verkauften. Rundum ist in den letzten Jahrzehnten viel Neues entstanden. Heute befindet sich das rund 5,5 Hektar grosse Areal mitten im nördlichen Stadtteil Zürichs, umgeben von Wohn- und Bürogebäuden, Läden, Restaurants und Parkanlagen. Noch vor ein paar Jahren war die Rede davon, dass Rheinmetall die Stadt Zürich verlassen wolle und das gesamte Areal ab 2017 frei werde für eine Umnutzung zu attraktivem Wohn- und Lebensraum. Das Gegenteil ist eingetreten: Hinter abgeriegelten Mauern, in Fussdistanz zum Bahnhof Oerlikon, werden weiterhin Waffen produziert. Mehr noch: Die Produktion wird jetzt sogar noch hochgefahren! Allein im vergangenen Jahr hat die Rheinmetall Air Defence AG 300 neue Stellen geschaffen.

Ähnliches geschah kürzlich in Troisdorf, einer deutschen Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen. Dort wollten die Stadtbehörden auf einem Areal, das mit 50 Hektar rund zehnmal so gross ist wie jenes der Rheinmetall in Zürich, ein neues Stadtquartier mit Wohn- und Gewerbebauten erstellen. Zu diesem Zweck wollten sie von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und – nach Ablauf des Pachtvertrags mit den Rüstungskonzernen Diehl Defence und Rheinmetall – das Gelände übernehmen, um es für eine zivile Nutzung zu entwickeln. Schwerter zu Pflugscharen, eben.

Dem wurde auch hier ein Strich durch die Rechnung gemacht: Nach Interventionen aus Berlin und der Landeshauptstadt Düsseldorf, musste Troisdorf der Rüstungsindustrie den Vortritt lassen: Diehl Defence hat sich das Grundstück gesichert und will dort seine Explosivstoffproduktion für Artilleriemunition, Mörsergranaten und Flugabwehrraketen weiter ausbauen.

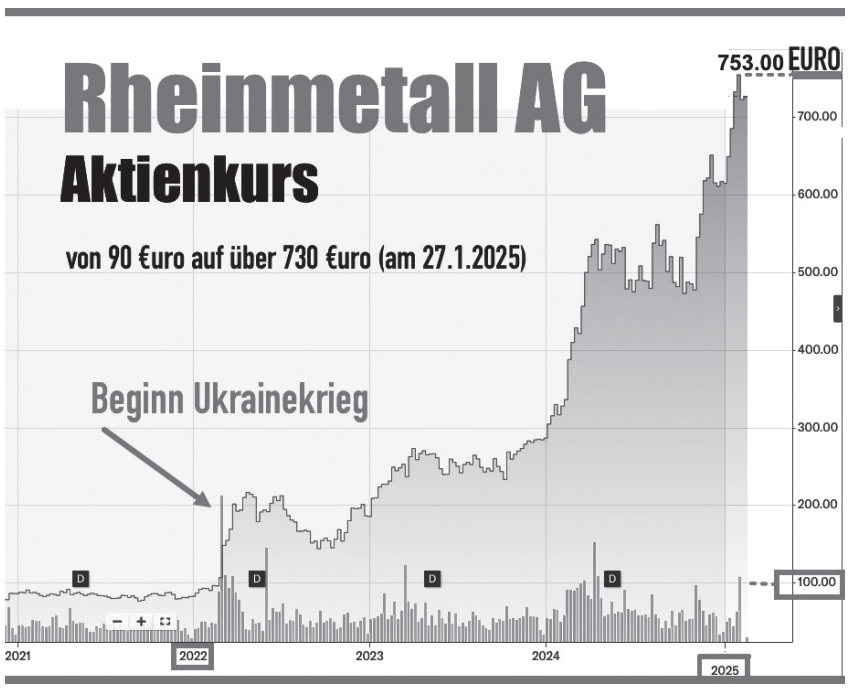
Krasser noch in Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze: Dort produzierte man über 175 Jahre lang Waggons für den Personentransport. Die Waggonbau Görlitz, 1849 als Kutschenbauwerkstatt gegründet, entwickelte sich zu einem Pionierunternehmen des Eisenbahnbaus, das bereits 1935 die ersten Doppelstockwagen für die Reichsbahn entworfen und gebaut hat. Nach der Machtergreifung durch die Nazis widersetzte sich die damalige deutsche Wagenbau-Vereinigung erfolgreich der Forderung, fortan keine Zugwaggons mehr zu bauen und die Produktion voll und ganz auf die Fertigung von Rüstungsgütern und Transportwagen umzulenken.

Nach dem Krieg mutierte das Unternehmen zum Volkseigenen Betrieb Waggonbau Görlitz. 1988 zählte das Unternehmen fast 4 000 Angestellte. Nach der Wende fusionierte das Werk 1995 mit der Muttergesellschaft Deutsche Waggonbau AG (DWA), die 1998 an den kanadischen Konzern Bombardier verkauft wurde.

Das Görlitzer Werk lieferte über Jahrzehnte Eisenbahnwagen in alle Welt. Auch in die Schweiz: Die SBB bestellten 2010 bei Bombardier 62 Doppelstockzüge für insgesamt 1,9 Milliarden Franken. 2021 wurde dann Bombardier Transportation vom französischen Alstom-Konzern übernommen. Nach Protesten verzichtete der neue Besitzer auf die geplante Streichung eines Grossteils der 700 noch verbliebenen Arbeitsplätze. Die Freude über den Verhandlungserfolg der Gewerkschaften war allerdings nicht von langer Dauer: Im Spätsommer 2024 kündigte Alstom an, dass das Werk zum Verkauf stehe...

Lange musste man nicht auf einen Käufer warten. Die boomende Rüstungsindustrie braucht Platz und Arbeiter:innen für ihre weitere Expansion. Anfang Februar 2025 war der Deal perfekt: Künftig wird der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS in Görlitz Panzer bauen. Bis zu 400 Arbeitsplätze sollen so «gerettet» werden – ein Grossteil der Mitarbeitenden, heisst es, würden umgeschult. Statt «Pflugscharen» werden sie künftig «Schwerter» schmieden müssen, sie haben keine andere Wahl. In diesem Fall konkret: Anstelle von Eisenbahnwaggons muss die Belegschaft künftig Panzer produzieren.

Die sächsische Linke hat den deutschen Sündenfall in Görlitz scharf kritisiert. Ihr Landesvorsitzender Stefan Hartmann fand angesichts der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags, zu der Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz extra in die Lausitz gereist ist, deutliche Worte: «Es ist eine Sauerei, dass sich Scholz dafür feiern lässt, dass Doppelstockzüge von Leopard-Panzern verdrängt werden. Dabei opfern die Regierenden den so wichtigen Eisenbahnbau im Namen der Kriegstüchtigkeit.» Und der Prophet Jesaja wird dem Herrgott wohl berichten müssen, dass sowohl die Schweiz wie auch Deutschland das Pflugscharen-Gleichnis nicht begriffen haben.



Aktienkurs des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall. Quelle: zVg.

Bonner Friedensdemo 1982 gegen den NATO-Gipfel. Quelle: zVg.

Die Friedensbewegung stärken!

Die internationale politische Lage ist immer noch sehr angespannt. Es ist dringend notwendig, dass wir gemeinsam die Friedensbewegung in der Schweiz stärken und weiter aufbauen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die der Forderung nach Friedensverhandlungen und einem Waffenstillstand in der Ukraine, im Nahen Osten, in Zentralafrika Gehör verschafft, sich offensiv Waffenlieferungen und Kriegsmaterialexporten entgegenstellt und konsequent auf friedliche Lösungen und Abrüstung beharrt. Die Schweizerische Friedensbewegung plant für die nächsten Monate weitere Kampagnen und Aktionen zu diesem Zweck. Für diesen Kampf für den Frieden, für unsere friedenspolitischen Projekte und Kampagnen sind wir auf Deine Mithilfe und grosszügige Spende angewiesen.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code.
Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel

Vielen Dank!